UNION

in Deutschland

INFORMATIONSDIENST

der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union

Das Ja zu Erhard

Der neue Bundeskanzler fand starke Zustimmung für seine Regierungserklärung

Bundeskanzler Prof. Erhard hat mit seiner Regierungserklärung ein weltweites Echo ausgelöst. Mit Spannung war überall seine Stellungnahme zu den innen- und außenpolitischen Fragen unserer Zeit erwartet worden. Mit einer Vielzahl von Kommentaren und Berichten sind Presse und Funk auf die Regierungserklärung eingegangen. Diese Tatsache hat die Redaktion von „Union in Deutschland“ dazu veranlaßt, den Stimmen der öffentlichen Meinung breiten Raum zu geben. Wir dürfen dabei voraussetzen, daß unseren Lesern der Wortlaut der Regierungserklärung weitgehend bekannt ist.

Die Regierungserklärung des Bundeskanzlers Prof. Erhard gilt als die längste, die je im Plenarsaal des Bundestages abgegeben wurde. Sie war aber auch eine der aufschlußreichsten und konkretesten. Davon zeugen die zustimmenden Äußerungen führender Politiker der Bundesrepublik.

Ein Ja der Politiker

Neben dem Fraktionsvorstand der CDU/CSU hat auch der Geschäftsführende Vorsitzende der CDU, Josef-Hermann Duffhues, seine Genugtuung über den Inhalt der Regierungserklärung dargelegt. Allein der SPD blieb es vorbehalten, das Programm Erhards mit dem Hinweis zu bemäkeln, es erinnere stark an das SPD-

Staatsminister a. D. Josef-Hermann Duffhues erklärte zu den ersten Stellungnahmen der SPD:

„Was die SPD durch ihre stellvertretenden Partei- und Fraktionsvorsitzenden Wehner und Erler sowie durch den SPD-Pressedienst zur Regierungserklärung Prof. Erhards verlauten ließ, zeigt die ganze Ratlosigkeit einer Opposition, die in letzter Zeit ihre Stärke darin sucht, die Regierung zu übertrumpfen, indem sie sich deren Grundsätze zu eigen macht. Wer Erhards Regierungserklärung ein ‚Programm der guten Vorsätze‘ nennt, der verkennt völlig, daß die ‚Ära Adenauer‘ wirtschafts- und sozialpolitisch schon immer eine ‚Ära Erhard‘ gewesen ist.“

Erstes Ja der Verbände

Die Regierungserklärung Bundeskanzler Erhards entspreche in allen Teilen völlig der Grundanschauung des Handwerks, erklärte der Geschäftsführer des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH) Dr. Hermann Wellmanns. Deshalb werde das Handwerk dem neuen Bundeskanzler sein volles Vertrauen und große Wertschätzung entgegenbringen und Erhard bei der Verwirklichung seiner Gedanken und Ziele nach Kräften unterstützen.

Einen Tag nach der Regierungserklärung des neuen Bundeskanzlers Prof. Erhard hat der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) auf seiner Vollversammlung in Koblenz die wirtschaftlichen Grundsätze der Regierungserklärung begrüßt.

Der DGB begrüßte, daß der neue Bundeskanzler sich ausdrücklich zur Wahrung der Tarifautonomie bekannt habe. Gegenüber der Regierungserklärung von 1961 stelle dies einen Fortschritt dar.

Die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände brachte ihre grundsätzliche Zustimmung zum sozialpolitischen Teil der Regierungserklärung des neuen Bundeskanzlers zum Ausdruck. Die Arbeitgeberverbände der Bundesrepublik seien auch mit dem neuen Bundeskanzler der Auffassung, daß eine verantwortlich gehandhabte Tarifautonomie die beste Form zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sei.

Positives Presse-Echo

„Ludwig Erhard ist populär, obschon er von der ‚Gefälligkeitsdemokratie‘ wenig hält. Und sein Prolog wird diese Popularität nicht mindern, weil er die Wähler mahnte, nicht zu vergessen, daß Arbeit der Anfang allen Wohlstandes ist, und weil er die Gewählten, die Parlamentarier, an das Recht des Regierungschefs erinnerte, ein Veto gegen solche Beschlüsse des Parlaments einzulegen, die dem Staat das große Defizit bringen können. Auch

Fortsetzung Seite 2

„Der Sozialpolitik sind sowohl kurzfristig zu lösende Aufgaben gestellt, wie sie sich auch mit zukunftsweisenden Problemen zu befassen hat. Eine gründliche Durchleuchtung der heutigen Sozialgesetzgebung ist unabdingbar geworden. Darum wird die Bundesregierung unverzüglich die Durchführung einer Sozial-Enquete veranlassen, die die Grundlage dafür bilden soll, die sozialen Leistungen und Maßnahmen in ihrer Ganzheit und in ihren gegenseitigen Beziehungen überschaubar zu machen. Sie soll die Voraussetzung für eine Sozialgesetzgebung in einem Guß schaffen.“

„Regierungsprogramm“ von 1961. Herbert Wehner sagte aber für seine Partei einen schweren Wahlkampf im Jahre 1965 voraus.

„Die Amtsübernahme der neuen Bundesregierung fällt in eine weltpolitische Phase, in der sich Veränderungen im West-Ost-Verhältnis abzeichnen. Langjährige Gespräche über Abrüstungsfragen haben im August dieses Jahres erstmals zu einer Übereinkunft zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien und der Sowjetunion über eine partielle Einstellung von Kernwaffenversuchen geführt. Die Bundesregierung hat nach den notwendigen politischen Klarstellungen dieses Abkommen unterzeichnet und wird dem Hohen Hause in Kürze das erforderliche Zustimmungsgesetz vorlegen. Dabei gibt sich die Bundesregierung in Übereinstimmung mit ihren Bundesgenossen nicht der trügerischen Hoffnung hin, daß sich durch dieses Abkommen die weltpolitische Lage entscheidend verändert hätte. Die Bedrohung bleibt bestehen; die Unterdrückung der Freiheit dauert auch auf deutschem Boden an.“

Das Ja zu Erhard

Fortsetzung von Seite 1

in den vergangenen Jahren war gelegentlich dieser Artikel des Grundgesetzes erwähnt worden, doch nur vorsichtig, und offenkundig war das nicht recht ernst gemeint. Erhards Ankündigung jedoch, nicht vor solchem Einspruch zurückzuschrecken, war ernst, war ein Wechsel auf Sicht, den der neue Bundeskanzler nicht zu Protest gehen lassen wird, wenn er meint, es sei notwendig, ihn einzulösen. Er wäre auch kein „anderer Erhard“, wenn er es täte. In den für ihn entscheidenden Fragen hat der bisherige Wirtschaftsminister stets gestanden; und sein erstes Auftreten als Bundeskanzler vor dem Parlament deutete an, daß diese Beharrlichkeit auch dem Regierungschef Erhard eigen sein werde.“

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. 10. 63

„Die CDU kann sich gratulieren: Die Regierungserklärung Prof. Erhards hat eine über alle Erwartungen hinausgehende positive Aufnahme gefunden. So-

„Wenn ich den Raum, den die Haushaltsvorlage der kommenden Jahre für soziale Leistungsverbesserungen offenläßt, in Beziehung zu den Vorstellungen setze, die in dieser Richtung gehegt werden, zwingt das Gebot der Stabilität zu der Feststellung, daß wir nach Wertigkeit, Dringlichkeit und Nützlichkeit im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten ein Bezugssystem auf einen längerfristigen Zeitplan aufstellen müssen. Lassen Sie mich ein offenes Wort sprechen: Wir müssen uns entweder bescheiden oder mehr arbeiten. Die Arbeit ist und bleibt die Grundlage des Wohlstandes. Es muß uns ferner daran gelegen sein, die mit dem wachsenden Wohlstand sichtbar gewordenen Mißstände auf ein Mindestmaß zu beschränken.“

wohl der Koalitionspartner („Erhard war eigentlich schon immer unser Mann“) wie der profilierteste Oppositionssprecher Wehner betonten in zum Teil überraschenden Formulierungen ihr Einverständnis. Fast müßte es dem neuen Kanzler bei soviel Zustimmung etwas mulmig werden, denn jeder vernünftige Mensch weiß, daß die neue Regierung wie ihre Vorgängerin mit erheblichen Schwierigkeiten rechnen muß und auch nur mit Wasser kochen kann. Aber der frische Wind eines neuerweckten Vertrauens ist doch bemerkenswert. Man sollte versuchen, seine Treibkraft zu erhalten, und ihn zumindest als das hoffnungsvolle Zeichen einer Verbesserung der Beziehungen zwischen den politischen Kräften fördern. Die Aussprache im Parlament wird den Parteien dazu Gelegenheit geben. Es wäre unfair, die abgelaufene Epoche jetzt zu verketzern, denn Erhard war an ihr ja auch maßgeblich, wenn in politischer Hinsicht auch nicht entscheidend, beteiligt, aber im Interesse der künftigen Entwicklung sollte man der neuen Regierung doch einen kräftigen Schuß Vertrauen und Optimismus auf den Weg geben. Wenn Erhard und

seine Regierung die gute Reaktion spüren, werden sie auch in der Auffassung bestärkt werden, daß ihr in der Regierungserklärung aufgezeigter Weg im Volk Anklang findet und daß ihre Konzeption eines gesunden sozialen Ausgleichs, einer vernünftigen Wirtschaftsförderung und einer politischen Zusammenarbeit allen Bereitwilligen zusagt.“

Rhein-Zeitung, 21. 10. 1963

„Auf eine Zusammenschau hat Ludwig Erhard gedrängt, auf eine Zusammenschau nun nicht etwa nur innerhalb der Regierung zur Überwindung der Ressortblindheit. Der Mann, der uns zurief, ein freies Volk bedürfe eines gesunden nationalen Selbstbewußtseins, der uns mahnte, Schluß mit der Stimmung des selbstquälischen Pessimismus und des Selbstbemitleidens zu machen, er verlangt die Zusammenschau vor allem von uns und unseren Verbänden, in denen wir kreuz und quer durch unser Sozialgefüge hindurch organisiert sind.

Niemand drinnen und draußen wird bei der Lektüre des außenpolitischen Teils der Regierungserklärung überrascht sein. Hier wurde nicht die Weiche gestellt zu einem neuen Kurs. Hier wurde die konsequente Fortsetzung einer Linie angekündigt, die Konrad Adenauer viele Jahre gesteuert ist und die im Frühjahr 1962, was das Verhältnis zu unseren Verbündeten, zur NATO und zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft anbetrifft, der Bundestag einstimmig in der Präambel

„Die gleiche Blutgruppe“

„Es sei nicht viel Neues zu hören gewesen, hieß es gestern abend in ersten Kommentaren zu Erhards Regierungserklärung. Diese Beobachtung ist falsch. Sie mag davon herrühren, daß Erhard die bisherige Politik tatsächlich nicht auf den Kopf stellt. Er macht zwar nicht millimetergenau weiter wie bisher. Aber er hat den Rock auch nicht gewendet. Die tiefe Verbeugung, die der neue Bundeskanzler gegenüber dem Vorgänger tat, machte sichtbar, wie sehr der Politiker Erhard die gleiche Blutgruppe wie jener trägt.

Erhard wird an seinen eigenen Idealforderungen gemessen werden. Sicher-

„Unser Tun dient nicht nur der Stunde, dem Tag oder diesem Jahr. Wir haben die Pflicht, in Generationen zu denken und unseren Kindern und Kindeskindern ein festes Fundament für eine glückliche Zukunft zu bauen. Ich lege vor jedem Bürger unseres Volkes das Versprechen ab, all meine Kraft, mein Wissen und meine ganze Erfahrung für die Sicherung unserer inneren und äußeren Freiheit, für die Festigung des demokratischen Lebens und für das Wohlergehen des deutschen Volkes einzusetzen. In einer sich bewegenden Welt werden wir nicht erstarren dürfen, aber wir haben die Pflicht, in der Verfolgung der Ziele unserer Politik fest zu bleiben.“

„Das Bemühen um ein stabiles Preisniveau steht an der Spitze der wirtschaftspolitischen Rangordnung. Wir alle sollten uns bei jeder Entscheidung dieser schweren Verantwortung bewußt sein — handelt es sich dabei doch um eine Aufgabe, die keine Regierung zu keinem Zeitpunkt als endgültig gelöst ansehen kann. Wenn ich sage, wir alle, dann möchte ich damit zum Ausdruck bringen, daß die Wahrung der Stabilität nicht nur von Entscheidungen der Regierung abhängt, sondern daß es des Zusammenwirkens aller bedarf, um diesem Grundsatz Geltung zu verschaffen. Gerade eine freiheitliche Gesellschaftsordnung, die der Entfaltung der Persönlichkeit und der privaten Betätigung der Bürger weitesten Spielraum geben will, setzt eine festgefügte staatliche Ordnung und eine stabile Währung voraus.“

zum deutsch-französischen Konsultationsvertrag bekräftigte.

Die Maximen der Regierungserklärung zum Deutschland- und Berlin-Problem sind glasklar, lassen keinen Spielraum für Deuteleien. Das ist gut, und ebensogut ist es, daß ausgesprochen wurde, es muß ein Ziel unserer Politik bleiben, den von den Sowjets entfachten, kalten Krieg beenden zu helfen, auch wenn wir Opfer zu bringen haben. Opfer allerdings nur dann, wenn ihnen entsprechende Gegenleistungen der Sowjetunion zur Seite stehen.“

Die Welt, 19. 10. 1963

lich weiß er das. Sonst hätte er kaum dieses bestrickende Gemälde eines von seinen Bürgern belebten und geliebten freien Staates entrollt. Mit dem Namen Erhard ist die Glorie des Wohlstandes verbunden. Er könnte sehr rasch zum vollen Range Adenauers auflaufen, wenn er nun auch den geistigen und seelischen Hausputz der neuen Demokratie bewerkstelligen könnte. Er selbst ist dazu bereit. Zu fragen bleibt, ob genug andere mitmachen.“

Ruhr-Nachrichten, 19. 10. 1963

„Der neue Kanzler wird in allen Hauptfragen und namentlich in der Außenpolitik den bisherigen Kurs fortsetzen. Er hat vor allem nicht zwischen Frankreich und England optiert, wie manche erwartet hatten. Der Passus in Erhards Regierungserklärung über die Zusammenarbeit mit Frankreich ist immerhin dreimal so lang und nicht weniger positiv wie der in der letzten Regierungserklärung Adenauers 1961. Darin stellt Erhard fest, daß eine sofortige Wiederaufnahme der Beitrittsverhandlungen Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt derzeit nicht möglich sei, daß aber die Bundesregierung dieses Ziel nicht preisgebe.

Gegenüber dem Atomtest-Abkommen bewahrt Erhard dieselbe Kühle, die auch bisher die deutsche Regierungspolitik beherrschte. Er kündigt an, daß er dem Bundestag das Zustimmungsgesetz demnächst vorlegen werde, aber er betont, daß sich dabei die Bundesregierung in Überein-

Fortsetzung Seite 6

Ein Erfolg für die CDU

Elten und Selfkant gingen zur Wahlurne

Am 1. August dieses Jahres waren die rund zehntausend Einwohner von Elten und dem Selfkantgebiet aus holländischer Verwaltung nach Deutschland zurückgekehrt. Am vergangenen Sonntag wurden dort die ersten Kommunalwahlen durchgeführt; sie brachten einen deutlichen Erfolg für die CDU.

Am 20. Oktober fanden im Selfkant und in Elten die ersten Kommunalwahlen statt. Von den 18 Sitzen im Eltener Gemeinderat errang die CDU neun, die SPD acht und einen Sitz über die Reserveliste die FDP. In der Gemeinde Gangelst stellt die CDU 13 von 18 Gemeinderäten. Die SPD erhielt kein Mandat, die fünf restlichen fielen an die FDP. Vier Abgeordnete der CDU ziehen in den Gemeinderat von Saesselen ein; im Gemeinderat von Suderwick werden drei Abgeordnete der CDU, zwei der FDP und einer der SPD vertreten sein.

Bei den Wahlen errang die CDU 80 von insgesamt 114 Sitzen in den Gemeindevertretungen. Auf die SPD entfielen 12, auf die FDP 10 und auf die unabhängige Wählergemeinschaft (UWG) 12 Mandate. Der Vertreter der CDU wurde bei der Zuwahl zu dem Kreistag des Landkreises Rees direkt gewählt. SPD und FDP errangen je einen Kreistagssitz über die Reserveliste. Bei der Zuwahl zum

Kreistag des Kreises Geilenkirchen-Heinsberg errang die CDU 77 v. H. aller Stimmen. Ihr Vertreter wurde direkt in den Kreistag gewählt.

Die CDU des Rheinlandes hat es außerordentlich begrüßt, daß „die Bürger von Elten und dem Selfkant nach dem Ende einer 14jährigen Trennung in überzeugender Weise von ihren demokratischen Rechten Gebrauch gemacht haben“.

Der Geschäftsführende Vorsitzende der CDU, Josef-Hermann Dufhuus, telegraphierte an den CDU-Kreisverband in Selfkant folgenden Glückwunsch:

„Zu dem hervorragenden Abschneiden der CDU bei der gestrigen Wahl übermittle ich Ihnen meine aufrichtigen Glückwünsche. In einem überzeugenden Wahlkampf ist es Ihnen gelungen, die gegnerischen Parteien eindeutig zu schlagen. Ich danke Ihnen für Ihren Einsatz und hoffe, daß die Arbeit Ihres Kreisverbandes beispielhaft für die gesamte Union sein möge.“

Jahn und die Geheimprotokolle

Es geht um Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Jahn

Der Immunitätsausschuß des Deutschen Bundestages hat mit den Stimmen der SPD und FDP einen Antrag auf Aufhebung der Immunität des SPD-Bundestagsabgeordneten Jahn abgelehnt. Die Immunität sollte aufgehoben werden, weil der Verdacht des Geheimnisbruchs und des Landesverrats besteht.

Bekanntlich wurden zwei Geheimprotokolle des Verteidigungsausschusses des Bundestages im Besitz des für das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ tätigen Journalisten Schmelz gefunden. Von einem Geheimprotokoll steht fest, daß es durch den SPD-Abgeordneten Jahn in die Hände des „Spiegel“-Redakteurs gelangt ist. Die SPD- und FDP-Vertreter im Immunitätsausschuß vertraten aber die Auffassung, daß die Immunitätsfälle der Abgeordneten Jahn und Merten erst nach Vorlage der Untersuchungsakten weiter behandelt werden könnten. Dazu hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion folgendes erklärt:

● Die SPD und der FDP-Vertreter haben mit ihrem Beschluß verhindert, daß eine Untersuchung der Bundesanwaltschaft über den schweren Vorwurf eines Verbrechens des Geheimnisbruchs und des Landesverrats durchgeführt werden kann. Das ist um so schwererwiegend, als die SPD bereits vor den Parlamentsferien die Aufhebung der Immunität der beiden Abgeordneten durch Obstruktion verhindert hat.

● Es steht seit langem fest, daß zwei Geheimprotokolle fotokopiert worden sind und sich in den Händen des Spiegel-Redakteurs Schmelz befanden. Es steht ebenso fest, daß beide Protokolle aus dem Besitz des SPD-Abgeordneten Merten stammen und daß eines dieser Proto-

kolle über den Abgeordneten Jahn an Schmelz weitergegeben wurde. Die von der SPD geforderte Heranziehung der Ermittlungsakten Schmelz ist also nichts anderes als der Versuch, die notwendige Aufklärung hinauszuzögern. Die SPD gebärdet sich bei vielen anderen Gelegenheiten als Hüterin des Rechtsstaates und der politischen Sauberkeit. Ihr Verhalten im Immunitätsausschuß schlägt jedem rechtsstaatlichen Denken und jeder politischen Sauberkeit ins Gesicht. Es ist ein politischer Skandal.

Zu der Pressemitteilung der SPD-Bundestagsfraktion vom 17. Oktober 1963, der Bundestagsausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung habe die Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Jahn abgelehnt, erklären die Mitglieder der CDU/CSU und FDP im Immunitätsausschuß:

„Die Pressemitteilung der SPD ist geeignet, die Öffentlichkeit über die Behandlung des Immunitätsfalles Jahn irrezuführen. Der Ausschuß hat eine endgültige Entscheidung nicht gefällt. Er hat vielmehr den Abschluß der Verhandlung von der Vorlage von Akten der Bundesanwaltschaft abhängig gemacht. Die endgültige Entscheidung über die Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Jahn, der die Weitergabe eines Protokolls des Verteidigungsausschusses an den Spiegel-Redakteur Schmelz nicht bestreitet, ist noch zu treffen.“

Auf ein Wort

Liebe Freunde,

Ludwig Erhards Regierungserklärung zeigt unverkennbar seine eigene Handschrift. Sie hat im In- und Ausland weithin ein gutes Echo gefunden. Dieses respektvolle Echo ist so wichtig für den Start der Regierung Erhard, daß wir darüber unseren Lesern in dieser Ausgabe ausführlich berichten.

Aber wie reagierte die SPD auf diese Regierungserklärung? Zunächst war sie ziemlich ratlos. Dann ließ sie durch ihre stellvertretenden Partei- und Fraktionsvorsitzenden Wehner und Erler behaupten, manches in der Erhardschen Regierungserklärung entspreche bis in die Formulierungen hinein dem SPD-Programm Willy Brandts von 1961. Nun, Ludwig Erhard hat klar zu verstehen gegeben, daß er es nicht nötig hat, sich sein Regierungsprogramm von Willy Brandt diktieren zu lassen. Außerdem hat die SPD augenscheinlich vergessen, daß sie es ist, die seit 1961 die Grundsätze der CDU kopiert. Vorher hatte sie Erhard leidenschaftlich bekämpft, ihn einen „Scharlatan“ und „Hasardeur“ nennen lassen, und erst mit dem „Godesberger Programm“ begann die Anpassung an die Grundsätze der CDU, die man geradezu eine Imitation nennen konnte.

Im übrigen wissen wir, daß Erhard nicht erst seit dem 18. Oktober 1963 Erhard-Politik macht, sondern von Beginn der Bundesrepublik an. Das macht ja gerade den Wechsel im Bundeskanzleramt für uns alle so beruhigend. Erhard, als Bundeskanzler ein neuer Mann, hat die 14 Jahre der Ära Adenauer verantwortlich mitgeformt.

Anhand der abgewogenen und zugleich deutlichen Regierungserklärung können unsere Redner in der Versammlungswelle, die uns für die nächsten Wochen als vordringliche Aufgabe gestellt ist, überzeugend dar- tun, was die neue Regierung will und was die CDU von der Regierung Erhards erwartet. Wenn Erhard zu bewußter Solidarität aufruft, dann steht die CDU aus tiefster Überzeugung hinter seinem Wort. Wenn er feststellt: „Je größer der Druck der Verbände und Gruppen auf den Gang der Politik, je ungehemmter der Egoismus von Teilgewalten sich entfesselt, um so entschiedener ist es allen verantwortlichen Kräften — und im besonderen Maße der Bundesregierung — aufzugeben, für die Respektierung des Gemeinwohls Sorge zu tragen“, so darf er auch mit dieser Forderung, die vielleicht die politische Schlüsselfrage der nächsten Jahre sein wird, auf die volle Unterstützung der Partei bauen. Er wird sie erhalten, so wie sie Konrad Adenauer zuteil wurde, als er etwa gegen das „Ohne mich“ die Wehrpflicht durchsetzte und damit unsere Sicherheit im Rahmen des westlichen Bündnisses verbürgte.

Ihr Konrad Kraske

„Verketzerung schlimmster Art“

Dufhues protestiert gegen Veröffentlichung der „Druck und Papier“

In einer recht merkwürdigen Form hat das offizielle Blatt der Industriegerwerkschaft Druck und Papier von Bundeskanzler Adenauer Abschied genommen und den neuen Bundeskanzler begrüßt. Der Geschäftsführende Vorsitzende der CDU, Josef-Hermann Dufhues, hat inzwischen den DGB-Vorsitzenden gefragt, wie er sich dazu stelle.

Nicht zum erstenmal hat die Zeitschrift der IG Druck und Papier unliebsames Aufsehen erregt. Mit ihrem Kommentar zum Kanzlerwechsel, der in der Ausgabe vom 15. Oktober 1963 enthalten ist, hat sie aber alles bisher an Kritik veröffentlichte in den Schatten gestellt. Die Persönlichkeit des aus dem Amt geschiedenen Bundeskanzlers wird von „druck und papier“ (die Zeitschrift pflegt wie einstens gustaf nagel die Kleinschreibung) etwa in folgender Weise „gewürdigt“:

„Es ist kennzeichnend für Adenauer, daß ihm stets das versagen der anderen, ihre unentschlossenheit, zur eigenen macht verhalf. Nicht die kraft eines kühnen, klaren geistes, nicht die autorität einer integren, bewundernswerten persönlichkei — nein, die intriguen und meinungsgegensätze seiner Partner verhalten ihm zu seiner position in partei und staat. Wo immer er groß wurde, da blieben gedemütigte, zertretene menschen hinter ihm zurück.“

Bewunderer des altkanzlers verherrlichen diese bösertige handlungsweise als seine ‚genialität im taktischen‘. Nun, es mag genial sein, durch lähmung des ehrgeizes und der hoffnungen anderer, durch arglistisches täuschen und menschenverachtung zu herrschen: als christlicher Politiker so zu herrschen ist praktizierte blasphemie. Nur den kommunisten pfelegen wir solche methoden zuzubilligen.“

Der Geschäftsführende Vorsitzende der CDU, Josef-Hermann Dufhues, hat nach der Lektüre dieser Tiraden einen Brief an den Vorsitzenden des Deutschen Gewerk-

schaftsbundes, Rosenberg, geschrieben. Es heißt in dem Brief u. a.:

„Ich bestreite keiner Zeitung das Recht auf eine kritische Analyse der Arbeit und des Wirkens unseres 1. Parteivorsitzen-

Mit Hammer und Sichel

Unterstützt Niedersachsens IG Metall spanische Kommunisten?

„Nuestra Bandera“ (Unsere Fahne) heißt eine spanische Zeitschrift, die offen als Organ des Exekutivkomitees der Exil-KP Spaniens deklariert ist und an die führenden Köpfe der spanischen Kommunistischen Partei im Ausland verschickt wird.

Diese Zeitung wurde neben sowjetzonalen Schriften bei dem spanischen Gastarbeiter Miguel Collados gefunden, der im Mittelpunkt einer vom Presseferenten des DGB-Landesbezirks Niedersachsen, Karl-Heinz Briam, entfesselten Pressekampagne steht. Ohne Briam verdächtigen zu wollen, muß eingangs doch festgestellt werden, daß er bis 1948 der KPD angehört hat.

Ausgangspunkt der Pressekampagne war ein Bericht in der spanischen Zeitschrift „Mundo Obrero“ (Welt der Arbeit) — sie kennzeichnet sich selber dadurch, daß sie Hammer und Sichel im Zeitungskopf führt. Darin wurde behauptet, spanische Gastarbeiter würden bei einer Hannoverschen Firma bespitzelt, ein Vorwurf, den wenig später der kommunistische Sender Prag aufgriff, der in diesem Fall offensichtlich bestens informiert war.

Sofortige Untersuchungen ergaben die Haltlosigkeit der Vorwürfe. Man muß nur von einem Fall absehen, daß ein Brief

den während seiner Amtszeit als Bundeskanzler. Was aber ‚druck und papier‘ als ‚kritische Würdigung‘ bezeichnet, ist keine Kritik mehr, sondern eine Verketzerung schlimmster Art. Im Namen der Christlich-Demokratischen Union muß ich gegen die in dem genannten Artikel zum Ausdruck kommende Verächtlichmachung Dr. Konrad Adenauers schärfstens protestieren. Ich habe keinen Anlaß zu glauben, daß dieser Artikel Ausdruck der Gesinnung aller im Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten Gewerkschaften ist, bitte Sie aber ebenso höflich wie dringend, mir mitzuteilen, wie der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes zu dem genannten Artikel steht.“

eines Gastarbeiters geöffnet wurde, und zwar von einem spanischen Hausmeister, der daraufhin postwendend entlassen wurde.

Der Spanier Collados wurde — wie die „Oldenburgische Volkszeitung“ am 17. Oktober berichtete — von der Polizei nicht ohne Grund festgenommen, gegen ihn läuft ein Verfahren bei der Staatsanwaltschaft Lüneburg. Er kann daher mit der angeblichen „Bespitzelung“ spanischer Gastarbeiter in keinen Zusammenhang gebracht werden.

DGB-Presseferent Briam hat dennoch eine Kampagne zugunsten Collados in Gang gebracht. Im DGB-Organ „Welt der Arbeit“, in der Zeitung der IG Metall, schließlich im „Spiegel“ wurden weiterhin die unzutreffenden Vorwürfe erhoben. Tenor war immer, einem treuen Gewerkschaftler und Sozialisten müsse Rechtsschutz gewährt werden, weil er sich allein die Gegnerschaft zu Franco zuschulden kommen lassen habe. Dieser Ansicht schloß sich die IG Metall Niedersachsen an.

Woher Briam den Mut hat, den durch die bisherigen Unterlagen eindeutig belasteten Collados zu verteidigen, bleibt ein Rätsel. Denn selbst in der „Welt der Arbeit“ hatte er immerhin zugegeben, Collados habe die spanische Zeitschrift Freiheit verteilt, die „wahrscheinlich kommunistischer Herkunft ist“. Warum, so fragt man sich nicht nur in Hannover, hat Briam angesichts dieser Tatsachen und vieler anderer Fakten, die gegen Collados sprachen und die er vorher wußte, sich so sehr für den Spanier engagiert?

SED gegen Wiedervereinigung

Das SED-Regime der sowjetischen Besatzungszone wendet sich jetzt auch gegen die Bezeichnung Wiedervereinigung. Im SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ war zu lesen: „Nein, nichts kehrt zurück, nichts kommt wieder, darum ist selbst das Wort Wiedervereinigung, streng genommen, nicht genau.“ Das kommunistische Regime möchte den Begriff Wiedervereinigung durch die Formulierung „Vereinigung der beiden deutschen Staaten“ ersetzen.

Kommunistisches „Luchsauge“

Verstärkte Infiltrationsversuche bei ausländischen Gastarbeitern

Seit kurzem kursiert unter den ausländischen Gastarbeitern in westdeutschen Betrieben eine kommunistische Betriebszeitung mit dem Titel „Luchsauge“. Das illegale Blatt wird in italienischer und spanischer Sprache in Belgien, Mexiko und in einigen südamerikanischen Ländern hergestellt.

Diese Hetzzeitung, in der offen zu Wühlarbeit aufgerufen wird, ist eines der Mittel, deren sich die Kommunisten bei ihren Infiltrationsversuchen unter den Gastarbeitern in der Bundesrepublik bedienen. Über eine starke Zunahme dieser zersetzenden Tätigkeit in letzter Zeit führt die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände beredete Klage.

Nach Feststellungen der Bundesvereinigung sind die kommunistischen Bemühungen wesentlich stärker geworden, seit ein Senat des Bundesgerichtshofs in einem Verfahren gegen persische Studenten entschieden hat, daß die Propa-

ganda der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer für die kommunistischen Parteien ihrer Heimatländer nicht verboten ist.

Die Infiltrationsarbeit wird nach Angaben der Bundesvereinigung zentral von Ost-Berlin aus gesteuert, wo die kommunistischen Parteien und Gewerkschaften von beispielsweise Italien, Spanien und der Türkei regelrechte Verbindungsbüros für ihre in der Bundesrepublik beschäftigten Landsleute unterhalten. Kommunistische Einflüsse sind denn auch am stärksten bei Italienern, Spaniern und Türken festzustellen.

Das „Soll“ erfüllt

Sowjetische Besatzungszone stimmte mit 99,25 Prozent für die Einheitsliste

11 517 241 Menschen in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und in Ostberlin waren am vergangenen Sonntag aufgerufen, die Abgeordneten in die sogenannte „Volkskammer“ zu „wählen“. Stolz verkündete die Presse-Agentur der Sowjetzone, ADN, es sei eine Wahlbeteiligung von 99,25 Prozent errechnet worden — ein Ergebnis, an dem von vornherein niemand zweifeln konnte, der die SED und ihre Machenschaften kennt.

Die Nachrichtenagentur teilte weiter mit, daß den zustimmenden 99,25 Prozent nur 0,04 Prozent ungültige Stimmen gegenüberstünden (5795 Stimmen). Auf welche Weise man einen Stimmzettel ungültig zu machen hatte, wurde aus Ostberlin bekannt: Stimmen wurden nur dann als ungültig gewertet, wenn jeder einzelne Name der 434 „Volkskammer“-Abgeordneten und der 100 Nachfolgekandidaten durchgestrichen war. Kaum ein Wähler konnte dieses Manöver in der Wahlkabine durchführen, ohne dabei in Verdacht zu geraten.

Unbeeindruckt von der Offensichtlichkeit der Wahlhüge verharret die SED weiter in ihrer heuchlerischen Propaganda.

„Mit ihrer Stimmabgabe am Wahlsonntag setzten die Millionen wahlberechtigter Bürger der DDR den Schlußpunkt unter eine Entscheidung, die sie in einer fast dreimonatigen Vorbereitungsperiode sorgfältig getroffen haben“ — so berichtete die sowjetzonalen Nachrichtenagentur ADN von jener Farce, durch die am Sonntag in Mitteldeutschland die Mitglieder der Volkskammer, der vierzehn Bezirkstage und der Ostberliner Stadtverordnetenversammlung bestimmt wurden, und merkte anscheinend gar nicht, wie recht sie damit all jenen außerhalb des Ulbrichtschen Machtbereichs gab, die die „Wahl“ vom 20. Oktober schlicht als Betrug bezeichnen.

In der Tat, mit Hilfe der „dreimonatigen Vorbereitungsperiode“ wurde das SED-Spektakel unter Aufbietung aller propagandistischen Mittel so narrensicher gemacht, daß gar nichts anderes herauskommen konnte als die obligaten 99,95 Prozent, die sich für die segensreiche Politik der sowjetdeutschen Machthaber aussprachen bzw. — wie es Radio Ostberlin formulierte — „dem weiteren schnellen Aufbau des Sozialismus, der glücklichen und friedlichen Perspektive spontan ihre Stimme gaben“.

Es wurde wieder einmal die berüchtigte Einheitsliste präsentiert, auf der es nur die sorgsam gesiebten Kandidaten der „Partei der Arbeiterklasse“ und ihrer Satellitenorganisationen innerhalb der „Nationalen Front des demokratischen Deutschland“ zu bestätigen galt, wobei zu allem Überfluß zu einem erheblichen Teil

offen „abgestimmt“ werden mußte, indem die Wahlberechtigten den Stimmzettel gleich nach Empfang in die Urne steckten. Die Hilfstuppen der Staatspartei — FDJ, Junge Pioniere und „Hausvertrauensleute“ — taten ein übriges, um zu verhindern, daß die Untertanen Ulbrichts wenigstens durch Fernbleiben ihrer Meinung

Fernsehen und Hörfunk

Alte Noten frisch poliert

„Ach wie gut, daß niemand weiß, daß ich Rumpelstilzchen heiß“, nach diesem feinen Verschen aus dem Märchen geht so manchesmal mancherlei im öffentlichen Leben vor, was etwas abseits von der Kritik liegt und nur selten ans Licht der Sonnen kommt. Verschiedentlich ist das auch in den Rundfunkhäusern so. — Die Hauptprogramme des Fernsehens werden überregional ausgestrahlt und fragwürdige Sendungen werden schon deshalb alsogleich zu umstrittenen Sendungen, weil die Hörerzahlen sehr viel größer sind als die der überwiegend regional ausgerichteten Hörfunksender. Nicht alles aber nun, was in Fröhensendungen oder im Schulfunk, in Wirtschaftskommentaren oder in der Unterhaltung, in Jugend- oder Frauenfunk gebracht wird, macht von sich reden. Und doch wäre es ein Ziel, aufs innigste zu wünschen, wenn die Öffentlichkeit von allem erführe, was in verschiedenen Redaktionen an — milde und technisch gesprochen — „Ausreißern“ so passiert. Der Hörfunk des WDR hat in letzter Zeit einige dieser Fehlleistungen zu verzeichnen gehabt: Den Fall Schnurre mit seiner Moritat vom enttäuschten Vopo, den Fall Isenstrick mit seinen „Blasrohr“-Pfeilen, den Fall Rexhausen mit seinem als Glosse ausgepreisten Bayern-Kommentar und jetzt den Fall der Magda Gatter, mit ihrem Pasquill gegen die Bundeswehr. Dieser letzte Fall sei hier aufgespießt: Unter dem Titel „Hilfe, ich bin Heldennutter!“ eröffnete der WDR-Frauenfunk seine vierteilige Folge „Unser Sohn wird Soldat“. Jedem Leser wird empfohlen, sich ein Manuskript vom WDR auszubitten.

Wir zitieren aus Platzmangel nur einige Äußerungen: „Ein Glück, daß der Bursche zum Militär kommt“, meinte Großmutter. Zwei Kriege hatten es nicht geschafft, ihr das Vertrauen in die pädagogischen Fähigkeiten von Feldwebeln zu rauben! — Es folgen detaillierte Angaben, wie man sich vom Wehrdienst zu drücken vermag, etwa der Tip, den Inhalt einer Dose Pulverkaffee mit einem Humpen Whisky verrührt, auszutrinken: „Das gibt ein tolles Herzklopfen“. (Hier irrt Frau Gatter, denn das gibt einen tollen Herzklops.) Aber der Junge kann sich nicht drücken, denn die Musterung des

über die Wahl-Groteske Ausdruck geben konnten. Ganze Hausgemeinschaften wurden abgeholt und zu den Wahllokalen „geleitet“, um sich nach der „Stimmabgabe“ zu sogenannten „Volksfesten“ zu vereinen, bei denen volkseigene Künstler-Ensembles „die Wähler erfreuten“ („Radio DDR“). Es war also absolut sichergestellt, das „überwältigende Bekenntnis zur Friedenspolitik der Regierung unseres Arbeiter- und Bauernstaates“ (ADN), und es hätte des zynischen Kommentars des Genossen Karl Eduard von Schnitzler wahrlich nicht mehr bedurft, der im Ostberliner Fernsehen erklärte: „Wir sind gegen Überraschungen, es sei denn, es gäbe mal sechs Richtige im Lotto oder Sieg und Platz im Pferderennen — wir haben die Machtfrage entschieden und damit die Voraussetzungen für wirklich freie Wahlen geschaffen!“

„Oberstabsarzt“ war günstig ausgefallen. (Diese Vorstellung einer Musterung zeugt von der intimen Kenntnis der Frau Gatter von militärischen Gepflogenheiten — Oberstabsärzte nehmen keine Tauglichkeitsprüfung vor, bekanntlich wird das von Zivilärzten erledigt.) Der Junge geht also zur Flak, worauf die Mutter meint: „Mir wurde übel. Auch sein Vater war Flaksoldat gewesen, als er fiel. Es würde unerträglich sein, den Jungen in derselben Uniform zu sehen!“ (Wohlgemerkt, in derselben Uniform!) Der Rekrut zieht ein, mit Tucholsky, Tacitus und dem Kirscht'schen 08/15-Schmarrn im Tornister. Dazu eine Nagelfeile „zum Reinigen der Schuhe zwischen Oberleder und Sohle“. Der Familienadvokat gibt noch den Rat, sich aus einer Broschüre über alle Rechte des Soldaten klüglig zu informieren, aber laut Frau Gatter ist diese Broschüre dann in der Kaserne nicht erhältlich.

Rasch läßt die Redakteuse in die Meditation ihrer Heldin den angeblichen Spruch eines Ausbilders einfließen: „Wenn ich im Dienst bin, bin ich ein Schwein — und, meine Herren, ich bin 24 Stunden im Dienst.“ Was die Heldennutter sofort kommentiert: „Und all das Gerede, von der Ordnung und Disziplin und Manneszucht, die man beim Militär lernt, ist dummes Zeug, denn dahinter steht das Tötenslernen.“ Anschließend beginnt die gute Frau, ihrem Jungen Gefreitenwinkel anzunähen. (Diese Tätigkeit zeugt von der intimen Kenntnis der Frau Gatter vom Militär: Gefreitenwinkel gab's zuletzt im „Reich“). Schließlich eifert sich die Soldatennutter über die abgesungenen Lieder: „Sie singen vom Mondschein, der über deutschen Landen liegt und von den Feinden, die sie über den Haufen rennen. Neue Texte nach alten Weisen von Herms Niel.“ (Seltsam, daß Frau Gatter etwas gegen Mondschein hat, seltsamer, daß diese Lieder und dieser Autor in keinem Liederbuch der Bundeswehr anzutreffen sind.)

Man kennt die Töne, man kennt den Text. Bekäme Frau Magda Gatter für ihre Heldental dieses Manuskripts, das mit Gift und Galle gegen die Bundeswehr geschrieben ist, einen Orden verliehen, dann käme er allemal von der falschen Seite.

Neuer CDU-Fraktionschef

In der neuen Legislaturperiode der Bremer Bürgerschaft wird die CDU-Fraktion von Oberstudienrat Dr. Sieling geführt, der dem Landesparlament zum erstenmal angehört. Zum ersten Stellvertreter wurde der aus der DP kommende Rechtsanwalt Robert Fischer, zum zweiten Stellvertreter Leo Wilhelm (Bremerhaven) gewählt. Dem Fraktionsvorstand gehören die Abgeordneten Bachmann, Filzen, Hardegen und Dr. Schäfer als Beisitzer an.

Das Ja zu Erhard

Fortsetzung von Seite 2

stimmung mit ihren Bundesgenossen nicht der trügerischen Hoffnung hingebe, daß sich durch dieses Abkommen die welt-politische Lage entscheidend verändert hätte. Die Bedrohung bleibt bestehen; die Unterdrückung der Freiheit dauert auch auf deutschem Boden an.'

Die Kontinuität der Außenpolitik ging auch aus den Erklärungen hervor, die Erhard über die NATO, über Europa, über das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten, zur UNO und zu den Entwicklungsländern abgab. Weder Schwäche noch Weichheit sprachen auch aus seinen Formulierungen über die Deutschland-Politik. Auch die Regierung Erhard vertritt energisch den Standpunkt, daß die Deutschland-Frage eine der Hauptursachen für die Spannung in der Welt ist, die nicht beseitigt werden könne, wenn die Deutschland-Frage ungelöst bleibt.

Die Regierungserklärung Erhards wird zweifellos weithin Zustimmung finden, in Deutschland wie bei den Verbündeten und Freunden im Ausland. Denn die Tendenz der Kontinuität, die die Erklärung beherrscht, erweist, daß die Bundesregierung zuverlässig ist. Und das ist sehr viel."

Deutsche Zeitung, 19. 10. 1963

„Das positive Echo, das diese längste Regierungserklärung seit 1949 nicht nur bei den Koalitionsparteien, sondern selbst bei der SPD fand, könnte ein Anzeichen dafür sein, daß sich ein neues Verhältnis in den Beziehungen zwischen Regierung und Opposition anbahnt."

Fränkische Landeszeitung, 19. 10. 1963

„Die intensive Vorarbeit, die Erhard auf seine erste programmatische Erklärung als Regierungschef verwendete, hat Früchte getragen. Die Regierungserklärung ist abgewogen und aus einem Guß.

In der Verantwortung

CDU/CSU stellt sechs Ministerpräsidenten und 30 Landesminister

Nicht nur im Bund, wo die Unionsparteien seit 14 Jahren ununterbrochen in der Verantwortung stehen, auch in den Bundesländern sind CDU und CSU maßgeblich an der Gestaltung des politischen Lebens beteiligt. Sechs der elf Länder werden von CDU- bzw. CSU-Ministerpräsidenten geführt.

Wie aus einer Veröffentlichung des Bundesratsministeriums hervorgeht, gibt es insgesamt 88 Landesminister bzw. Senatoren, von denen die CDU/CSU mit 30 ein gutes Drittel stellt. Die Zahl der SPD-Minister bzw. -Senatoren ist mit 33 etwas größer. Das ist allerdings damit zu erklären, daß die Zahl der Senatoren in den drei von der SPD regierten Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg im Vergleich mit den anderen Bundesländern unverhältnismäßig hoch ist. Das kleinste Bundesland Bremen beispielsweise hat genauso viele Senatoren wie das von CDU-Ministerpräsident Dr. Meyers geführte größte Bundesland Nordrhein-Westfalen: nämlich neun. Das von der SPD regierte Hamburg benötigt sogar 11 Senatoren.

Die Zahl der 24 FDP-Minister und -Senatoren ist im Vergleich mit dem Prozent-

Sie ist keine Aufzählung von Ressortplänen, sondern eine wirkliche Koordination von Sachaufgaben. Wenn es Erhard gelingt, in diesem Stile zu regieren, dann dürfte sich mancher noch vorhandene Zweifel an seinen Führungsqualitäten schnell zerstreuen."

Rheinische Post, 19. 10. 1963

„Die Regierungserklärung ist ein vielschichtiges und weitgespanntes Programm in großen Umrissen und konnte auch kaum mehr sein. So, wie sie vorgetragen wurde und gemeint ist, hat sie ihr Ziel sicherlich erreicht; die Überzeugung zu geben, daß nach einer Zeit des Übergan-

„Die deutsche Presse und die Öffentlichkeit halten es für selbstverständlich, daß der neue Kanzler die gegenwärtige Politik der Regierung unverändert fortsetzen wird. Dies ist zum Teil auf Dr. Erhards eigene Erklärungen in dieser Hinsicht zurückzuführen und zum Teil spiegelt es die Tatsache wider, daß Erhard mit Dr. Adenauer am Aufbau der Bundesrepublik von Anfang an zusammenarbeitete."

Stimme Amerikas

„Von britischer Seite ist die Wahl Dr. Erhards zum Bundeskanzler bereits sehr herzlich begrüßt worden. Er ist stets einer der stärksten deutschen Befürworter enger Beziehungen zwischen beiden Ländern gewesen. Es ist wahrscheinlich, daß sein Einfluß auf den Gemeinsamen Markt stark sein wird, und es dürfte sicher ein liberaler Einfluß sein. Als Wirtschaftler möchte er die Handelsschranken reduzieren und den westdeutschen Handel mit allen Ländern innerhalb und außerhalb des Gemeinsamen Marktes fördern. — Dr. Erhards unmittelbare Zukunft dürfte nicht gerade ruhig sein, ganz abgesehen

ges die neue Regierung die Probleme überschaut, sich aller Lebensinteressen des Volkes bewußt ist und Vertrauen für ihr Bemühen verdient, sie nach ihren Einsichten und zum Besten aller zu lösen."

Darmstädter Echo, 19. 10. 1963

„Erhards Debut als Bundeskanzler war mutig, erfrischend und verheißungsvoll. Wer von ihm nur ein Bekenntnis zur Fortsetzung der Adenauerschen Regierungspolitik erwartet hatte, mußte überrascht sein von der Fülle neuer Perspektiven, ja sogar von unbekümmert behafteten unpopulären Einsichten.

Erhard verdient nach dieser Erklärung unser uneingeschränktes Vertrauen."

Stuttgarter Nachrichten, 19. 10. 1963

Das Echo des Rundfunks

von den Problemen der Außenpolitik und Verteidigung, die ihrer Lösung harren. Aber er übernimmt seine neue Aufgabe mit dem großen Prestige, das er durch seine Leistung beim Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten deutschen Wirtschaft erworben hat. Er besitzt die Art der Persönlichkeit, die geeignet sein dürfte, die sich widersprechenden Strömungen unter seinen eigenen Anhängern unter einen Hut zu bringen."

BBC London

„Man nimmt an, daß das Kabinett Erhard an der bisher von den Bonner Politikern geführten Politik keine wesentlichen Änderungen vornehmen wird. Wie könnte das auch anders sein, da ihre großen Linien vom Bundestag angenommen wurden. Erhard wird indes der Führung der Staatsgeschäfte einen neuen Stil geben, und man kann eine Verschiebung der Akzente bei verschiedenen Problemen nicht ausschließen. — Was die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Frankreich angeht, hütet man sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt, irgendwelche Prognosen über die Maßnahmen zu machen, die er zu ergreifen beabsichtigt. In seinem Temperament fühlt sich Erhard wie übrigens auch Schröder mehr von Washington und London angezogen als von Paris. Ist er doch letztlich ein starker Anhänger einer atlantischen Gemeinschaft großen Stils, deren Konzept noch niemals klar definiert wurde, und in der der Gemeinsame Markt seine höchste Entfaltung finden würde."

Radio Sottens (Schweiz)

Nachspiel zur Parade

Bei der Abschiedsparade für Bundeskanzler Dr. Adenauer in Wunstorf war in der Öffentlichkeit unangenehm aufgefallen, daß Vertreter von SPD und DGB den Einladungen des Bundesverteidigungsministeriums nicht gefolgt waren. In Pressemeldungen war davon gesprochen worden, daß der DGB die Einladungen nicht beantwortet habe. Von Seiten des DGB wird uns dazu ergänzend mitgeteilt, daß der Vorsitzende des DGB Rosenberg und sein Stellvertreter Beer-mann beide schriftlich ihre Absage ausgesprochen hätten.

Das bei der Parade anwesende Mitglied des Bundesvorstandes des DGB Waldemar Reuter war in seiner Eigenschaft als Mitglied des Beirates für Innere Führung eingeladen worden und auch als solches erschienen.

VERTRIEBENE und FLÜCHTLINGE

Hauptentschädigung bis 1970

Nach der derzeitigen Situation könne mit Gewißheit angenommen werden, daß die Hauptentschädigung aus dem Lastenausgleich bis 1970 ausgezahlt werden könne. Das versicherte der Staatssekretär im Bundesvertriebenenministerium, Dr. Peter-Paul Nahm, auf einer Tagung des Vertriebenen- und Flüchtlingsausschusses der CDU Nordbaden. Auf der Tagung appellierte der baden-württembergische Innenminister Dr. Filbinger an die bisherigen BHE-Wähler, ihre Stimmen nicht zu verschenken, sondern sie der CDU zu geben, die stets bestrebt gewesen sei, durch gemeinsames politisches Handeln der einheimischen Bevölkerung mit den Vertriebenen und Flüchtlingen der Forderung nach Heimat- und Selbstbestimmungsrecht weltweite Anerkennung zu verschaffen.

Gesamtdeutsche Woche in Hamburg

Das unveräußerliche Recht auf Selbstbestimmung des deutschen Volkes forderte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bundesminister a. D. Ernst Lemmer, bei der Eröffnung einer „Gesamtdeutschen Woche“, die der CDU-Kreisverband Hamburg-Nord gemeinsam mit der Jungen Union durchführte. Der Hamburger CDU-Bundestagsabgeordnete Georg Schneider rief dazu auf, auch dem letzten Deutschen zum Bewußtsein zu bringen, daß es sich bei der Forderung auf Selbstbestimmung um die Lebensfrage des deutschen Volkes handelt.

Unionspolitiker bei den Kulturtagen

Der bayerische Ministerpräsident Dr. Goppel (CSU) hat die Schirmherrschaft über die 10. Ostdeutschen Kulturtage übernommen, die am 24. Oktober in Regensburg beginnen. An der Veranstaltung, die unter dem Leitwort „Begegnungen mit den Ostkirchen“ steht, nimmt auch Bundesvertriebenenminister Hans Krüger teil.

Wieder Kritik an Höft (SPD)

Der niedersächsische Vertriebenenminister Höft (SPD) hat erneut Kritik aus Vertriebenenkreisen herausgefordert, weil er wieder einmal eine Landsmannschaftsveranstaltung zu massiver SPD-Propaganda mißbraucht hat. Bei einer Feierstunde der Landsmannschaft Sachsen und Anhalt, zu der er als Gast eingeladen war, hatte er die Flüchtlingsgesetzgebung der SPD propagiert. Vertriebenenpolitiker der CDU mußten dem Minister inzwischen darauf aufmerksam machen, daß für derartige Erklärungen dort nicht der Platz gewesen sei. Höft hätte seine Thesen besser vor dem Bundesrat vertreten können.

Dank und Anerkennung

Aus der Regierungserklärung von Bundeskanzler Prof. Erhard

Die Regierungserklärung Bundeskanzler Prof. Erhards ist auch von den Vertriebenen und Flüchtlingen begrüßt worden. Sie werten die Erklärungen zum Vertriebenen- und Flüchtlingsproblem als Beweis dafür, daß auch die neue Bundesregierung unbeirrt einen festen Standpunkt in diesen Fragen vertritt.

Der Bundeskanzler verband seine Erklärungen mit einem Dank an die Vertriebenen und Flüchtlinge. Er sagte u. a.:

„Meine besondere Sorge werde ich der Fortsetzung oder sozialen und wirtschaftlichen Eingliederung der Vertriebenen, Flüchtlinge, Kriegssachgeschädigten, der ehemaligen Kriegsgefangenen und der politischen Häftlinge zuwenden. Dabei geht es nicht nur um ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit. Der rasche Wiederaufbau Deutschlands nach dem Kriege wäre ohne die großen Leistungen der Vertriebenen und Flüchtlinge nicht denkbar gewesen. Dafür gebührt ihnen Dank und Anerkennung. Wir werden alle Möglichkeiten der Eingliederung ausschöpfen, das bereits Geschaffene sichern und das vollenden, was vollendet werden kann.“

Über die Deutschland-Frage erklärte der Bundeskanzler u. a.: „Wir sind uns alle darüber klar, daß auf dem Wege zur Wiederherstellung der deutschen Einheit große Schwierigkeiten zu überwinden sind. Der Weg mag lang und dornenvoll sein; er wird uns Entbehrungen, materielle und auch psychische Belastungen auferlegen. Wir wollen in unserem Willen, in unserer Zähigkeit nie erlahmen und — wenn es not tut — entschlossen sein, Opfer auf uns zu nehmen.“

Am Ende dieses Weges muß nach der Überzeugung der Bundesregierung ein Friedensvertrag stehen, der von einer in freien Wahlen gebildeten gesamtdeutschen Regierung frei verhandelt und geschlossen wird. In diesem Vertrag — und nur in ihm — können und müssen die endgültigen Grenzen Deutschlands, das nach gültiger Rechtsauffassung in seinen Grenzen vom 31. Dezember 1937 fortbesteht, festgelegt werden.

In der Zwischenzeit aber dürfen wir die Hände nicht in den Schoß legen. Unseren Brüdern und Schwestern in der Zone werden die Menschenrechte vorenthalten. Sie leben unter einem schweren Gewissenszwang und sind täglichen Verfolgungen ausgesetzt. Wir dürfen daher niemals in dem Bemühen nachlassen, für sie lebenswürdige Verhältnisse herstellen zu helfen. Und ebensowenig dürfen wir niemals in dem Eifer erlahmen, die persönlichen Verbindungen zwischen den Menschen, die in beiden Teilen unseres Landes wohnen, neu zu knüpfen, zu festigen und den Besucher- und Reiseverkehr zwischen ihnen zu ermöglichen. Daben denken wir auch nicht zuletzt an das geteilte Berlin; die Mauer mahnt uns und die ganze Welt täglich an die Erfüllung dieser humanitären Verpflichtung.“

Zuerst den Flüchtlingen helfen

Bundesvertriebenenminister Krüger (CDU) über seine Aufgaben

„Ich glaube, daß in erster Linie die Probleme, die mit den Flüchtlingen aus der Sowjetzone zusammenhängen, gelöst werden müssen, daneben bedarf es natürlich einer weiteren Pflege der berechtigten Anliegen der Vertriebenen und Kriegssachgeschädigten.“

Mit diesen Worten umriß der neue Bundesvertriebenenminister Hans Krüger (CDU) in einem Exklusiv-Interview mit dem CDU-Pressedienst „Der Heimatvertriebene — Der Flüchtling“ die politischen Ziele seiner künftigen Arbeit. Der Minister sprach sich bei dieser Gelegenheit für die Verbesserung des noch vom alten Bundeskabinett verabschiedeten Flüchtlingshilfegesetzes aus, weil es seiner Ansicht nach nicht dem entspricht, „worauf der betroffene Personenkreis berechtigten Anspruch hat.“ Außerdem hält Krüger auch die Verbesserung der 17. Novelle zum Lastenausgleichsgesetz für notwendig, die der CDU-Bundestagsabgeordnete Kuntscher, Vorsitzender des Lastenausgleichsausschusses, kürzlich im Bundestag ebenfalls gefordert hatte.

Bundesminister Krüger war bisher Präsident des Bundes der Vertriebenen. Er wird sein Amt, das er fünf Jahre lang innehatte, bis zur Neuwahl eines Präsidenten im kommenden Frühjahr nicht ausüben. In der Vertriebenenarbeit steht der gebürtige Pommer, der von Beruf Rechtsanwalt ist, seit 1948.

Dem Deutschen Bundestag gehört Krüger seit 1957 an, er wurde über die Lan-

desliste der nordrhein-westfälischen CDU gewählt. Er ist stellvertretender Vorsitzender des CDU/CSU-Landesverbandes Oder/Neiße und gehört zu den Vertriebenenpolitikern, die die Forderungen der Vertriebenen und Flüchtlinge bisher immer besonnen, in der Sache jedoch hart vertreten haben. Das hat er auch als Vorsitzender der überparteilichen Arbeitsgemeinschaft für Heimatrecht, Selbstbestimmungsrecht und europäische Einigung bewiesen.

Den Vorsitz in der Arbeitsgemeinschaft der Vertriebenen und Flüchtlinge in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird Krüger in Kürze niederlegen.

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, verantwortlich für die Redaktion: Dr. Heinz Pettenberg, Vertretung René Ahrlé, beide Bonn, Nassestraße 2, Telefon 5 29 31 — Verlag: Presse- und Informationsdienste der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon 2 31 40 — Bezugspreis: monatlich 1,— DM — Banken: Presse- und Informationsdienste der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, Argelanderstraße 173, Postscheck-Konto Köln 193 795, Commerzbank Bonn Nr. 12 493 — Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei.

Die Arbeit des Bundestages

Die beiden Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP haben in dieser Woche ihr Vorgehen auf zwei Gebieten abgestimmt, einmal bei dem von der SPD beantragten Untersuchungsausschuß über das Amt für Verfassungsschutz und zum anderen für die Behandlung der Immunitätsangelegenheit der beiden SPD-Abgeordneten Jahn und Merten. In der vergangenen Woche hatte die FDP in beiden Fällen mit der Sozialdemokratie gestimmt oder deren Standpunkt unterstützt. Nach internen Besprechungen von Koalitionsvertretern ist jetzt folgende Linie festgelegt worden:

In der Frage des Untersuchungsausschusses vertreten CDU/CSU und FDP folgenden Standpunkt: sie begrüßen die Einsetzung einer unabhängigen Persönlichkeit zur Überprüfung der Vorwürfe gegen das Bundesamt für Verfassungsschutz, die sich insbesondere auf das bisher geübte Verfahren beziehen. CDU/CSU und FDP werden sich in diesem Untersuchungsausschuß nachdrücklich dafür einsetzen, daß die Arbeiten dieses Gremiums so schnell wie möglich abgeschlossen werden und die Beratungen in einer Form erfolgen, die die weitere Arbeitsfähigkeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz sicherstellt.

In der Frage der Immunitätsangelegenheit Jahn/Merten nehmen die beiden Koalitionsfraktionen folgende Haltung ein: entgegen der Darstellung der SPD hat der Ausschuß eine endgültige Entscheidung über die Aufhebung der Immunität der beiden SPD-Abgeordneten noch nicht gefällt. Die endgültige Entscheidung soll erst das Plenum des Bundestages treffen.

Es ist damit zu rechnen, daß bei einer neuen Behandlung dieser Angelegenheit FDP und CDU/CSU für die Aufhebung der Immunität der beiden Abgeordneten stimmen werden.

Nach Erledigung dieser beiden Fälle durch die Koalition ist damit zu rechnen, daß sich in Zukunft die Zusammenarbeit der beiden Fraktionen reibungsloser als bisher vollziehen wird.

Neuer Vorsitzender der CDU Pfalz

Auf einem außerordentlichen Parteitag der CDU Pfalz wurde der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Helmut Kohl, Ludwigshafen, zum neuen Vorsitzenden des pfälzischen Bezirksverbandes der Christlich-Demokratischen Union gewählt. Dr. Kohl wurde damit Nachfolger von Staatsminister Dr. Eduard Orth, der 12 Jahre lang an der Spitze des Bezirksverbandes stand. Dr. Orth hatte wegen Arbeitsüberlastung in seinem Kultusministerium und aus gesundheitlichen Gründen seinen Rücktritt erklärt und wurde von den Delegierten zum Ehrenvorsitzenden gewählt.

Dr. Kohl nannte die Niederlage vom 31. März geradezu wohltuend, weil sie die CDU wacherüttelt habe. Der Bezirksverband würde seine ganze Kraft daran setzen, wieder die stärkste politische Kraft in der Pfalz zu werden. Die Zeit der Idylle in der Politik sei vorbei und für die kommende Zeit gebe es nur eine Parole: Arbeiten!

Eigenleben gefährdet

Senat der Kieler Universität erteilt SPD-Plänen klare Absage

Der Senat der Kieler Christian-Albrecht-Universität hat den Plänen der schleswig-holsteinischen SPD-Landtagsfraktion für die Reform der Lehrerbildung, die sich mit den Vorstellungen der Lehrgewerkschaft im DGB deckt, eine klare Absage erteilt.

Kernpunkt des SPD-Entwurfs ist die Forderung, die Pädagogischen Hochschulen aufzugeben und sämtliche Lehrer künftig bei unterschiedlicher Semesterzahl an der Universität ausbilden zu lassen. SPD und Lehrgewerkschaft befanden sich damit im Gegensatz zu den Auffassungen von Kultusminister Osterloh (CDU) und der CDU-Landtagsfraktion, die die Eigenständigkeit der Pädagogischen Hochschulen erhalten wissen wollen.

In einer Erklärung des Senats der Christian-Albrecht-Universität heißt es zu den SPD-Plänen u. a.:

„Es muß bezweifelt werden, daß die im Gesetzentwurf angestrebte Hebung der Leistungen von Volks- und Mittelschulen durch Verlegung des Studiums ihrer Lehrer an die Universität erreicht wird. Die für Volks- und Mittelschullehrer von Anfang an notwendige pädagogisch-didaktische Ausbildung, die sich in enger Verbindung von Theorie und Praxis vollzieht, ist eine Aufgabe, die der Universität wesensfremd ist. Das Wesen der Lehre an der Universität liegt in der Teilnahme der Studenten an der forschenden Schöpfung von Erkenntnissen und Wissen. Die Einführung einer reinen

Fachausbildung mit beschränkter Semesterzahl ist mit den inneren Gesetzen und Möglichkeiten der akademischen Lehre unvereinbar. Die vorgeschlagene Einschränkung des Fachstudiums auf Wissenschaften, die Gegenstand des Schulunterrichts sind, ist geeignet, die Eigenständigkeit und Produktivität der auf der Universität gepflegten Wissenschaften zu gefährden.

Mit besonderem Nachdruck verwahrt sich die Universität gegen die in dem Gesetzentwurf beabsichtigte Einführung eines erziehungswissenschaftlichen Grundstudiums. Dieses vorgeschlagene Experiment ist bereits einmal gänzlich gescheitert, und es sind keine Gründe für eine Wiederholung erkennbar.

Der dem Landtag vorgelegte Gesetzentwurf gefährdet nach Überzeugung der Universität ihr wissenschaftliches Eigenleben im Sinne der ausgesprochenen Grundsätze und leistet dem Irrglauben Vorschub, daß der Weg zum Ansehen und beruflicher Tüchtigkeit allein über die Universität führe. Ein solches Gesetz würde Wesen und Struktur der Universität gegen ihren Willen grundlegend verändern.“

„Verunglückte“ Erklärungen

CDU-Kritik an Hamburgs Bausenator Müller-Link (FDP)

Lautstark hatte der Hamburger Bausenator Müller-Link (FDP) kürzlich in Berlin verkündet, in der Hansestadt würden mehr Räumungsfälle aus städtebaulichen Gründen anfallen als Neubauwohnungen beim Wohnungsamt.

Mit anderen Worten: das von Bundeswohnungsbauminister Lücke geschaffene und inzwischen in Kraft getretene Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft sei verfrüht. Die CDU-Bürgerschaftsfraktion stellte den Senator wegen dieser Äußerung zur Rede. Und zwar richtete der CDU-Bürgerschaftsabgeordnete Koch an seinen Fraktionskollegen Skrzynski-Fox als Deputiertem der Baubehörde eine Anfrage, zu der der FDP-Senator vor der Bürgerschaft Stellung nehmen mußte.

Vorsichtig, um nicht zu sagen kleinlaut, meinte der Senator, er habe sich bei seinen Äußerungen nicht auf 1962 bezogen. Und im übrigen habe er nur an die Wohnungsbaugesellschaften appellieren wollen, auch nach Aufhebung der Wohnraumbewirtschaftung Wohnungen für Vermieter, die von Räumungen betroffen werden, bereitzustellen.

CDU-Wohnungsbauexperte Skrzynski-Fox kam dem Parlament im Gegensatz zum Senator allerdings mit aktuellem und stichhaltigem Zahlenmaterial. Er wies darauf hin, daß 1962 in Hamburg 23 071 Neubauwohnungen fertiggestellt worden sind, von denen allein 10 934 zum Abbau der Dringlichkeits- und Räumungsfälle zur Verfügung standen. Sie wurden an 6520 Räumungsfälle (einschließlich 4037

Flutgeschädigte) und 4414 Dringlichkeitsfälle vergeben.

Es wird das Geheimnis des FDP-Senators bleiben, warum er die Erklärung der CDU-Wohnungsbauexperten nicht einzusehen vermag, daß jede Wohnung, die fertig wird, zum Abbau der Wohnungsnot beiträgt und damit auch zum Abbau der sogenannten „Kennzifferfälle“. Auf diese „Kennzifferfälle“ versuchte sich der Senator nämlich, als er sah, daß nichts mehr zu retten war, hinauszureden. Dennoch mußte er sich abschließend von der CDU sagen lassen, daß seine Berliner Äußerungen als „verunglückt“ bezeichnet werden müssen.

Sofort 145 000 DM

Sechs Tage bevor sich Nürnbergs bisheriger Oberbürgermeister Dr. Urschlechter zur Wahl stellt, wurde ein Beschluß des Verwaltungsgerichts in Ansbach bekannt, nach dem der der SPD angehörende Politiker sofort Aufsichtsratsgelder in Höhe von 145 000 DM zurückzahlen hat. Auch in diesem Informationsdienst war darüber berichtet worden, daß gegen Dr. Urschlechter der Vorwurf erhoben worden war, er habe unter Mißachtung der geltenden gesetzlichen Richtlinien Aufsichtsratsgelder einbehalten, die er hätte abliefern müssen.